

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Jenseits von Migrationsströmen, Terrorgefahr und Griechenlandhilfen fiel mir die folgende Nachricht auf:

"Die EU unterstützt mit neuen Absatzförderungsprogrammen die europäische Agrar- und Ernährungswirtschaft bei der Erschließung neuer Märkte. 33 Programme (http://ec.europa.eu/agriculture/promotion/campaigns/2015/2015-2_en.pdf) wurden aktuell genehmigt, mit denen unter anderem Werbe- und Informationskampagnen durchgeführt werden können. 20 Programme werden im Binnenmarkt umgesetzt. 13 Programme zielen darauf ab, die Märkte für EU-Produkte in Drittstaaten, zum Beispiel in China, dem Mittleren Osten, Nordamerika, Südostasien, Afrika, Russland oder Australien zu erschließen. Zwei der Programme werden gemeinsam von verschiedenen Organisationen aus verschiedenen Mitgliedstaaten durchgeführt." (DIHK Brüssel).

Ich bin mir nicht sicher, ob das noch irgendetwas mit Marktwirtschaft zu tun hat.

Europäische Kommission

Europa und Neuseeland verhandeln über Freihandelsabkommen

Kommissionspräsident Juncker und Ratspräsident Tusk nahmen am 29.10.2015 mit dem neuseeländischen Ministerpräsidenten Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland

auf. Das Abkommen soll nachhaltiges Wachstum, Investitionen, neue Arbeitschancen und verbesserte Beziehungen zwischen der EU und Neuseeland bringen.

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-15-5947_en.htm

Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Tunesien

Am 13.10.2015 eröffnete EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström mit ihrem Besuch in Tunis die Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen der EU und Tunesien. Sie wollte damit die klare Botschaft vermitteln, dass die EU hinter Tunesien steht und die wirtschaftlichen und politischen Reformen des Landes unterstützt. Dieses solle zum Ziel haben Handelsbarrieren einzureißen und Tunesien bei seiner weiteren Entwicklung zu unterstützen. Dies werde auch neue Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten für beide Seiten bringen. Die EU ist momentan mit 57% des gesamten tunesischen Handels der wichtigste Handelspartner von Tunesien. Verhandelt werden soll nicht nur über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sondern auch über Investitionen und Handel, beispielsweise im Bereich Dienstleistungen.

https://ec.europa.eu/commission/2014-2019/malmstrom/blog/strengthening-tiestunisia_en

11. Verhandlungsrunde TTIP

Wer sich in die Ergebnisse der 11. Verhandlungsrunde vom Oktober einlesen möchte, findet den Bericht hier:





http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/november/tradoc_153935.pdf

Neuer Leitfaden für eine bessere Verwendung von EU-Geldern

Die Kommission einen Leitfaden zur Vermeidung der häufigsten Fehler bei Projekten, die aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds finanziert werden, veröffentlicht. Er soll dazu dienen, Fehler bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, die aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds kofinanziert werden, zu vermeiden. Dieser Leitfaden ist Teil einer umfangreichen Initiative zur Verbesserung des Einsatzes von EU-Fördermitteln.

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgen/informat/2014/guidance_public_proc_de.pdf

Abkommen EU-Liechtenstein über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten

Wie von der Kommission am 28.10.2015 mitgeteilt, unterzeichneten die EU und Liechtenstein ein neues Steuertransparenzabkommen, das einen weiteren wichtigen Schritt bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung darstellen könnte. Im Rahmen des Abkommens werden Liechtenstein und die EU-Mitgliedstaaten ab 2017 automatisch Informationen über die Finanzkonten ihrer jeweiligen Gebietsansässigen austauschen.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/tax_cooperation/index_de.htm

Gipfeltreffen zur Westbalkanroute in Brüssel

Auf Einladung von Kommissionspräsident Juncker trafen sich am 25.10.2015 die Regierungschefs der von der Westbalkanroute betroffenen EU-Mitgliedstaaten (DEU, AUT, BUL, KRO, GRI, HUN, ROM, SLO) und der Anrainerstaaten Albanien, Mazedonien und Serbien, um Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingsströme über die Westbalkanroute zu beraten. Nach langen Verhandlungen einigten sich die Regierungschefs auf einen 17-Punkte-Plan mit folgenden Maßnahmen:

- unverzügliche Benennung von Kontaktstellen zum täglichen Austausch von Informationen;
- unverzügliche Benennung von notwendiger Unterstützung von Seiten der Kommission;
- Beendigung des Durchwinkens von Flüchtlingen bis zur Grenze eines anderen Staates ohne dessen Information;
- Erweiterung der Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge entlang der Westbalkanroute;
- GRI soll seine Aufnahmekapazität bis Ende des Jahres auf 50.000 Plätze erhöhen;
- Schaffung zusätzlicher Kapazitäten von 50.000 Plätzen entlang der Westbalkanroute mit Unterstützung des UNHCR;
- unverzügliche Kontaktaufnahme mit internationalen Finanzinstitutionen zur Unterstützung der Kapazitätserweiterungen;
- Sicherstellung der Registrierung von ankommenden Personen, insbesondere durch Fingerabdrücke;

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

- Austausch von Informationen über den Umfang der Flüchtlingsströme und ggf. über die Gesamtzahlen der Flüchtlinge auf dem Territorium;
- Zusammenarbeit mit EASO und Frontex zur Sicherstellung des Informationsaustausches;
- stärkere Bemühungen um zügige Rückführung von Migrant*innen, die keines internationalen Schutzes bedürfen;
- stärkere Bemühungen um Kooperation bei der Rücknahme von Migrant*innen, insbesondere mit Afghanistan, Bangladesch und Pakistan;
- stärkere Bemühungen um das Management der EU-Außengrenzen, insbesondere Zusammenarbeit mit der Türkei sowie Verbesserung der Situation an den Grenzen zwischen Griechenland und Mazedonien sowie Kroatien und Serbien; Entsendung von 400 Grenzbeamten nach Slowakei;
- Stärkung der Abweisung von Personen, die keinen internationalen Schutz begehren;
- Stärkung des Vorgehens gegen Menschenhandel und -schmuggel;
- Stärkung der Kommunikation gegenüber Flüchtlingen einschließlich Information über ihre Rechte und Pflichten sowie über die Konsequenzen der Weigerung zur Registrierung;
- Überwachung dieser Vereinbarungen durch die Kommission.

http://ec.europa.eu/news/2015/docs/leader_statement_final.pdf

EU-Rat

EU-Finanzminister wollen Klimahilfe für Entwicklungsländer aufstocken

Die öffentlichen Mittel für die globale Klimafinanzierung sollen in den kommenden Jahren weiter aufgestockt werden. Das haben die Finanz- und Wirtschaftsminister der EU in Brüssel beschlossen, vorerst jedoch ohne konkrete Zahlen zu nennen. Mit ihrer Zusage möchten die Minister im Vorfeld des Weltklimagipfels in Paris günstige Bedingungen für konkrete Verhandlungsergebnisse schaffen.

2009 wurde in Kopenhagen beschlossen, dass die Industrieländer den Entwicklungsländern bis 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen sollen, damit diese ihre Emissionen senken und sich an die Auswirkungen des Klimawandels anpassen können. Seitdem haben die EU und ihre Mitgliedstaaten einen beträchtlichen Beitrag zur globalen Klimafinanzierung geleistet; Im Jahr 2014 waren es rund 14,5 Milliarden Euro. Dabei ist die EU-Kommission durch ihre internationalen Entwicklungsfonds einer der wichtigsten Geldgeber. Im Zeitraum 2014-2020 werden mindestens 20 Prozent der EU-Haushaltsmittel für den Klimaschutz verwendet.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

Ausgabe 20/2015, 22. November 2015

